

Es gilt das gesprochene Wort

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

wie Sie wissen, ist das heute meine erste Vollversammlung bei der Handwerkskammer Reutlingen, und leider habe ich gleich zu Beginn eine schlechte Nachricht für Sie.

Denn so gern ich es täte: Ich kann mich heute leider nicht kurz fassen.

In letzter Zeit hatten wir es mit so vielen Herausforderungen zu tun, dass ein Schweinsgalopp durch die Themen nicht angemessen wäre. Ich hoffe und glaube trotzdem, dass Sie sich nicht langweilen werden. Denn die Themen der vergangenen Zeit waren spannend für das Handwerk, eben weil sie für unsere Betriebe so große Bedeutung und spürbare Auswirkung haben. Denken Sie doch einfach mal an die Auseinandersetzungen um Unternehmenssteuerreform oder das „Feinstaubfahrverbot“: Das waren – wenn Sie so wollen – echte Krimis. Und leider gab es nicht immer ein Happy-End, so sehr wir uns alle auch darum bemüht haben.

Um in diesem Bild zu bleiben: Uns um das Happy-End für unsere Betriebe zu bemühen, ist unsere ständige Aufgabe bei der Handwerkskammer. Unsere Arbeit lässt sich dabei unterscheiden in die Bereiche der politischen Interessenvertretung, der Dienstleistung und der Verwaltung. Im Alltag ist es sicher nicht immer möglich, zwischen den Bereichen klare Grenzen zu ziehen, für meinen Bericht möchte ich es der Struktur zuliebe aber trotzdem versuchen.

Ich habe es eben schon erwähnt: Einer der Krimis, mit dem wir es auf dem Feld der Interessenvertretung zu tun hatten, war ganz sicher die Unternehmenssteuerreform. Präsident Möhrle hat es ja bereits gesagt: Wir haben mit Nachdruck dafür gekämpft, dass aus dem Reformkrimi kein Drama für das Handwerk wird. Ich möchte hier als Beispiel nur unsere Initiative nennen, in deren Rahmen wir alle aus dem Kammerbezirk stammenden Landtagsabgeordnete angeschrieben und unseren Standpunkt noch einmal deutlich formuliert haben. Schließlich waren es ja vor allem die Länderfinanzminister, die auf der festgelegten Verwendungsreihenfolge bei unserem Sorgenkind, der Thesaurierungsrücklage, bestanden haben.

Vor allem Staatssekretär Dieter Hillebrand hat sich in der Reaktion auf unser Schreiben sehr engagiert und wir haben auf seine Initiative hin eine ausführliche Stellungnahme des Finanzministers erhalten.

Mit solchen konzertierten Aktionen hat auch das Handwerk der Region zu den Verbesserungen beigetragen, von denen Herr Möhrle ja schon berichtet hat. So ist in der Bewertung der Unternehmenssteuerreform die anfängliche Skepsis einer eher positiven Grundhaltung gewichen – mit der Thesaurierungsrücklage aber, und das sage ich deutlich, können wir uns in ihrer aktuellen Ausgestaltung nicht anfreunden.

Ich möchte dabei aber das Wörtchen „aktuell“ betonen. Denn: Die Reform ist nicht in Stein gemeißelt. Der Bundesrat hat in einer Entschließung vom 6. Juli gefordert, dass zeitnah überprüft werden soll, ob die Reform den Mittelstand tatsächlich entlastet. Auch das dürfen wir getrost als Erfolg unseres Engagements verbuchen.

Ein gutes Ende hat das Gerangel um den Gebäudeenergieausweis genommen, und das sozusagen in letzter Sekunde. Im Zuge der Novellierung der Energieeinsparverordnung hatte sich ja eine Benachteiligung des Handwerks abgezeichnet, die auch viele qualifizierte Energieberater getroffen hätte, die schon geraume Zeit anerkannt tätig sind. Das haben wir scharf kritisiert. Und offensichtlich wurde unsere Kritik gehört: Im Juni hat der Bundesrat die

Vorschläge des Handwerks aufgegriffen und den Kreis derer, die den Gebäudeenergieausweis ausstellen dürfen, um qualifizierte Fachleute aus dem Handwerk erweitert.

Der Erfolg beim Energieausweis ist – wie ich meine – ein gutes Beispiel dafür, was deutliche Worte und ein ausdauerndes Engagement bewirken können. Deutlich sind wir auch gegenüber EU-Kommissar Günter Verheugen geworden. Wenn Sie Mitte April auf der Europäischen Handwerkskonferenz in Stuttgart waren, dann haben Sie es ja auch gehört: Herr Verheugen hat dort die Politik der EU-Kommission als kleinbetriebsfreundlich gepriesen und versprochen, kleinere und mittlere Unternehmen in diesem Sinne auch weiterhin zu stärken. Das, meine Damen und Herren, konnten wir so nicht stehen lassen.

Denn die Frage muss erlaubt sein:

- Ist die EU-Kommission kleinbetriebsfreundlich?
- Ist es kleinbetriebsfreundlich, sich dafür einzusetzen, dass selbst kleine Aufträge der öffentlichen Hand europaweit ausgeschrieben werden sollen?
- Ist es kleinbetriebsfreundlich, in den Antidiskriminierungsrichtlinien so zu tun, als gäbe es nur Konzerne mit Fachabteilungen und Beschwerdestellen auf der Welt und deswegen auf Erleichterungen für Arbeitsverhältnisse in kleinen und mittleren Unternehmen zu verzichten?
- Nein, meine Damen und Herren, das ist es nicht. Und das musste unserer Meinung nach auch einmal deutlich gesagt werden:

Die EU geht in ihrer Rechtssetzung auf die Belange von kleinen und mittleren Unternehmen tragischerweise entweder kaum oder gar nicht ein. Und das, obwohl diese Unternehmen mehr als 98 Prozent der Betriebe stellen. Politik für 2 Prozent zu machen; das ist, als wedele der Schwanz mit dem Hund und nicht umgekehrt. Jüngstes Beispiel für diese EU-Politik sind deren Planungen für eine Verschärfung des europäischen Verbraucherschutzes. U.a. sollen unvollständig ausgestellte Garantiezusagen von Unternehmen zu einer lebenslangen Produktgarantie führen. Deswegen unsere Forderung an Verheugen: Lassen Sie den Worten Taten folgen – denn mit Worten allein können wir nun einmal nichts anfangen.

Und wenn wir schon dabei sind, wie wenig manches Mal auf die Belange des Handwerks Rücksicht genommen wird, dann können wir auch gleich noch über das Feinstaubfahrverbot sprechen. Die Regelung ist ja nun verschoben worden, was unseren Betrieben etwas Luft verschafft. Wir haben natürlich nichtsdestotrotz das persönliche Gespräch mit Regierungspräsident Strampfer gesucht, um nochmals auf die Nöte des Handwerks hinzuweisen.

Auf diese Nöte muss man wohl tatsächlich lautstark aufmerksam machen. Denn man muss schon sagen: Es ist regelrecht verblüffend, wie wenig sich Politik und Verwaltung in dieser Debatte für das Handwerk interessieren – Taxifahrer und Busunternehmer werden sehr wohl in die Rechnung miteinbezogen, für die Handwerker scheint aber wohl einfach zu gelten: Kauft Euch doch neue Autos.

Umfragen haben ergeben, dass gut 25 Prozent der Fahrzeuge in den Fuhrparks unserer Betriebe umgerüstet werden müssen. Dabei handelt es sich vorwiegend um ältere Fahrzeuge mit geringer Kilometerleistung, aber hohen Standzeiten. Hinzu kommt, dass es für viele dieser Fahrzeuge noch keine Nachrüstmöglichkeiten gibt – aber das alles scheint im Denken der Politik keine Rolle zu spielen.

Beim Feinstaub ist es also sinnvoll, sich direkt vor Ort in der Region zu engagieren. Was die Tariftreueerklärung betrifft, sieht das ein wenig anders aus. Lassen Sie mich noch einmal ganz deutlich sagen: Wir sind für eine Tariftreueerklärung. Da hat auch der Baden-Württembergische Handwerkstag, dem wir ja angehören, schon vor Jahren ganz klar Stellung bezogen. Nur: Für Tariftreueerklärungen, die einem Unternehmen abverlangt werden sollen,

bedarf es einer gesetzlichen Grundlage. Und die Gesetze dafür werden nicht in den Regionen gemacht, für die müssen Bund oder Land sorgen.

Dagegen ist die Bekämpfung der Schwarzarbeit ohne die Kommunen und Kreise nicht denkbar. Es gibt im Kammerbezirk Gemeinden, aus denen wir leider hören müssen, dass Verstöße gegen das Gewerberecht nicht geahndet werden. Das, meine Damen und Herren, können und werden wir so nicht stehen lassen. Es darf nicht sein, dass polizeiliche Ermittlungsergebnisse von einer städtischen Ordnungsbehörde anscheinend gezielt nicht aufgegriffen werden. Schrankenlose Gewerbefreiheit für Schwarzarbeiter darf es nicht geben.

Was ich dagegen gern so stehen lassen möchte, sind die sehr guten Zahlen, die wir kürzlich auf einer Pressekonferenz zum Lehrstellenmarkt hier im Kammerbezirk vermelden konnten. Bis zum 26. Juni 2007 sind insgesamt 21,8 Prozent mehr Lehrverträge abgeschlossen worden als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. In absoluten Zahlen waren es im Referenzzeitraum im Jahr 2006 insgesamt 882 Lehrverträge, dieses Jahr sind es schon 1.074.

Das ist ein sattes Plus, und dieser positive Trend, und das ist besonders erfreulich, gilt für den gesamten Kammerbezirk: Alle fünf Landkreise vermelden starke Zuwächse, an vorderster Front Freudenstadt mit 29,29%. Auch landes- und bundesweit verzeichnen wir eine Zunahme der neuen Lehrverträge.

Und immer noch sind jede Menge Lehrstellen offen: In der Internetlehrstellenbörse der Handwerkskammer werden zurzeit von über 250 Betrieben etwa 430 Ausbildungsplätze angeboten. Ich denke, darauf können Sie stolz sein.

Und wir wollen auch den Beitrag nicht vergessen, den unsere Bildungsakademien zur Qualität der Ausbildung im Handwerk leisten. Bei einem Gespräch mit Ministerialdirigent Dr. Bruns - dem Leiter der Abteilung Mittelstand des Wirtschaftsministeriums - in Tübingen konnte sich die dortige Bildungsakademie hervorragend präsentieren, und wir haben sämtliche Themen rund um Bildung und Ausbildung angesprochen.

Herr Dr. Bruns hatte uns bei diesem Besuch gute Neuigkeiten mitgebracht: Sie alle wissen ja sicher bereits, dass das Land die überbetrieblichen Ausbildungszentren in den kommenden Jahren bei der Modernisierung unterstützen will. Das ist eine Anerkennung der zentralen Rolle, die die Überbetriebliche Ausbildung (ÜBA) für das Handwerk spielt.

Es ist schon eine Binsenweisheit: Wir müssen unseren Nachwuchs gut ausbilden, denn er ist unsere Zukunft. Und so war eines der wichtigsten Ergebnisse des deutsch-französischen Kammertreffens in Dortmund, dass wir mit unseren Partnerkammern in St. Etienne und Roanne intensiv am Lehrlingsaustausch arbeiten wollen. Es gibt dafür es neue Fördermöglichkeiten, und die werden wir zu nutzen versuchen.

Der Teufel steckt aber auch hier wie immer im Detail, und eben diese Details – etwa die Beherrschung der Sprache, aber auch die Akzeptanz bei den Betriebsinhabern für einen eventuell mehrmonatigen Lehrlingsaustausch - klären wir zurzeit. Im Herbst werden wir unsere Partner in Frankreich besuchen, und ganz wie es sich für einen Austausch gehört, steht auch schon der Termin für den Gegenbesuch fest: Unsere französischen Kollegen werden uns im Herbst 2008 besuchen, was sicher gut zur französischen Woche passt, die die Stadt Reutlingen für diese Zeit plant.

Das waren wie ich meine die wichtigsten Ergebnisse aus dem Bereich der Interessenvertretung. Am Schnittpunkt zwischen Interessenvertretung und Dienstleistung anzusiedeln ist das Vorhaben, künftig stärker bei unseren Betrieben präsent zu sein.

Einen Anfang haben wir im Landkreis Sigmaringen gemacht, wo wir fünf Betriebe besucht und wertvolle Eindrücke gewonnen haben. Als nächstes, kommenden Montag nämlich, steht der Kreis Freudenstadt auf dem Programm, die anderen Landkreise werden folgen. In Zukunft planen wir mindestens einmal jährlich pro Kreis solche Bereisungen, mit denen wir deutlich machen wollen: Die Kammer ist keine Behörde, die irgendwo bis zu 100 km weit vom Betrieb entfernt vor sich hinwurstelt. Wir wollen den Handwerkern sagen: Die Kammer ist Dienstleister für Euch, und sie ist für Euch da.

Umso mehr freuen wir uns, einen ganz neuen und wirklich wertvollen Service anbieten zu können, den wir der Presse bereits vorgestellt haben: das Starter-Center, mit dem Existenzgründer die bürokratischen Formalitäten auf ein Minimum reduzieren können. Und hier wären wir übrigens auch schon wieder bei dem Thema EU: Laut „Lissabon-Strategie“ soll die Europäische Union bis 2010 der wettbewerbsfähigste Wirtschaftsraum der Welt werden. Bis dahin sollen unter anderem auch Unternehmensgründungen binnen einer Woche zu vollziehen sein. Wir sind dieser Auflage mit unserem Starter-Center ein ganzes Stück näher gekommen.

Wenn man bedenkt, dass die Gründungsdauer in Deutschland bei durchschnittlich 45 Tagen liegt und der Gründer in Deutschland im Extremfall mit neun Institutionen zu tun hat, wird sicherlich klar, wie wichtig eine solche Einrichtung wie unser Starter-Center ist. Wir schlagen damit auch einen weiteren Pflock ein, nämlich die Vorstufe zum „Einheitlichen Ansprechpartner“, einer Anlaufstelle für ausländische Unternehmen, die die berühmte EU-Dienstleistungsrichtlinie ab Ende 2009 von den Mitgliedstaaten verlangt. Um diese angestrebte Funktion wetteifern übrigens Gemeinden und Kreise mit uns. Es ist also wichtig, als Kammer mit dem Starter-Center einen strategischen Vorsprung zu haben und auch hier Kompetenz unter Beweis zu stellen. Mit unserer Kollegin Frau Katarina Lies haben wir eine fähige Juristin für diese Aufgabe, und so ist das neue Angebot meines Erachtens nach sehr gelungen.

Intern haben wir uns vorgenommen, unsere persönliche und telefonische Erreichbarkeit weiter zu optimieren. Das größte Thema wird aber natürlich die Einführung der Doppik sein – wie Sie der Tagesordnung entnehmen können, ist das ein eigener Punkt, den Herr Hammermeister und Frau Goller ausführen werden, daher möchte ich an dieser Stelle nicht vorgreifen.

Ich habe ohnehin noch etwas sehr Wichtiges zu erledigen: Ihnen die Jahresrechnung 2006 vorzustellen. Kommen wir nun also zum Tagesordnungspunkt Nummer 4.